

Antwort der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 233
des Abgeordneten Sven Petke
Fraktion der CDU
Landtagsdrucksache 5/591

Beratung zum Schallschutzprogramm BBI

Wortlaut der Kleinen Anfrage 233 vom 12.03.2010

Der Informationszeitung „BBI aktuell“ vom 27. Januar 2010 ist zu entnehmen, dass die Berliner Flughäfen ihre Bemühungen verstärken werden, den Bürgern das Lärmschutzprogramm zu erläutern. Neben der Möglichkeit sich in der Airportworld BBI zu informieren, wird der Infobus der Berliner Flughäfen gegenwärtig für entsprechende Aktionen vor Ort vorbereitet.

Mit der Entscheidung der Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming einen Ombudsmann zur Beratung in den betroffenen Gemeinden einzusetzen und ggf. zur Beratung ein Akustikbüro einzusetzen, sind die Kommunen weit über ihre Informationsmöglichkeiten hinaus bemüht, die Akzeptanz für die Schallschutzmaßnahmen herbei zu führen.

Diese Maßnahmen sind mit erheblichen finanziellen Mitteln verbunden, die die Kommunalhaushalte belasten. So will der Landkreis Dahme-Spreewald einen Ombudsmann einsetzen und für die Einrichtung einer Messstelle 250.000 EUR in den Haushalt einstellen. Der Landkreis Teltow-Fläming will eine Beratungsstelle für das Schallschutzprogramm einrichten und dafür 50.000 EUR in den Haushalt einstellen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird sich die Landesregierung an der Finanzierung der Bürgerberatung beteiligen?
2. Strebt die Landesregierung eine Vereinbarung mit den betroffenen Kommunen zum Aufbau einer Bürgerberatung zum Schallschutzprogramm des BBI an?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Aussagen von Dr. R. S., Geschäftsführer der Berliner Flughäfen, die in der MAZ/Zossener Rundschau vom 16./17. Januar 2010 veröffentlicht wurden, dass er mit dem Start des Schallschutzprogramms nicht zufrieden ist?
4. Warum ist das von der Flughafen Berlin Schönefeld GmbH (FBS) in Aussicht gestellte Hinweisblatt für die privaten Haushalte noch nicht bei den Anwohnern angekommen?
5. Welche Initiativen hat die Landesregierung unternommen, um in Zusammenarbeit mit dem Vorhabenträger (der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern Berlin und Brandenburg) die Akzeptanz der Schallschutzmaßnahmen bei den betroffenen Bürgern weiter zu erhöhen und welche Beratungen und Informationen werden künftig von der FBS dazu durchgeführt?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wird sich die Landesregierung an der Finanzierung der Bürgerberatung beteiligen?

zu Frage 1:

Nein.

Frage 2:

Strebt die Landesregierung eine Vereinbarung mit den betroffenen Kommunen zum Aufbau einer Bürgerberatung zum Schallschutzprogramm des BBI an?

zu Frage 2:

Nein.

Frage 3:

Wie bewertet die Landesregierung die Aussagen von Dr. R. S., Geschäftsführer der Berliner Flughäfen, die in der MAZ/Zossener Rundschau vom 16./17. Januar 2010 veröffentlicht wurden, dass er mit dem Start des Schallschutzprogramms nicht zufrieden ist?

zu Frage 3:

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass es bei der Realisierung des Schallschutzprogramms der FBS Nachbesserungsbedarf gibt. Das betrifft ausdrücklich nicht die vorgesehenen Maßnahmen selbst, sondern vielmehr die Kommunikation und die Transparenz dieser Maßnahmen. Gemeinsam mit der FBS wurde festgestellt, dass die mit der Durchführung der Arbeiten beauftragten Unternehmen nicht immer die notwendige Sensibilität im Umgang mit den anspruchsberechtigten Eigentümern gezeigt haben. Auch die FBS selbst hat Anregungen für organisatorische und inhaltliche Nachbesserungen aufgegriffen. Geeignete Maßnahmen werden gegenwärtig vorbereitet und in der nächsten Zeit realisiert.

Frage 4:

Warum ist das von der Flughafen Berlin Schönefeld GmbH (FBS) in Aussicht gestellte Hinweisblatt für die privaten Haushalte noch nicht bei den Anwohnern angekommen?

zu Frage 4:

Das Hinweisblatt wird seit Dezember 2009 als Anlage zu den Kostenerstattungsvereinbarungen von den beauftragten Ingenieurbüros an die antragstellenden Anwohner verteilt.

Frage 5:

Welche Initiativen hat die Landesregierung unternommen, um in Zusammenarbeit mit dem Vorhabenträger (der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern Berlin und Brandenburg) die Akzeptanz der Schallschutzmaßnahmen bei den betroffenen Bürgern weiter zu erhöhen und welche Beratungen und Informationen werden künftig von der FBS dazu durchgeführt?

zu Frage 5:

Träger des Vorhabens ist die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH. Dieser obliegt auch die Kommunikation mit den betroffenen Bürgern zum Thema „Schallschutz“. Die Landesregierung begleitet diesen Prozess jedoch verantwortungsbewusst. Erkennbare Defizite wurden mit der FBS erörtert. Die Flughafengesellschaft hat die Kritik aufgegriffen und bereitet Maßnahmen vor, um die bei den Betroffenen entstandene Verunsicherung zu beseitigen und die Grundlagen für einen

partnerschaftlichen Umgang zu verbessern. Unter anderem wird ein speziell ausgerüsteter Info-Bus Gemeinden und Ortsteile zu angekündigten Zeiten besuchen und die Möglichkeit zur Information und Beantwortung von Fragen durch fachkundiges Personal bieten. In der Airportworld, dem Informationszentrum der FBS in Schönefeld, werden ebenfalls spezielle Sprechstunden mit Fachleuten zum Schallschutzprogramm angeboten.